

Beschluss der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

Innovationen statt Verbote: Erträge und Vielfalt auf dem Acker sichern – Kulturpflanzen wirksam schützen

Die Weltbevölkerung wächst stetig und es wird damit gerechnet, dass im Jahr 2050 knapp 10 Milliarden Menschen auf der Erde leben werden. Laut Schätzungen der WHO wird sich zudem aufgrund wachsender Einkommen die Nachfrage nach Lebensmitteln, vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern, bis dato verdoppeln. Die für die Erzeugung von Nahrungsmitteln verfügbare Agrarfläche kann jedoch nur sehr begrenzt ausgeweitet werden und geht in vielen Regionen durch Erosion, Versalzung und Versiegelung sogar zurück. Weltweit müssen also immer mehr Nahrungsmittel auf begrenzter Fläche produziert werden. Der Klimawandel trifft die Landwirtschaft stark. Zunehmende Wetterextreme wie Extremwetterereignisse sowie eine steigende Zahl an Pflanzenkrankheiten und Schädlingen stellen die Landwirtschaft weltweit vor große Herausforderungen und gefährden die Ernten.

Damit geht auch eine enorme Verantwortung für uns als hochentwickelte Industrienation einher. Nicht nur weil Mitteleuropa mit seinen guten Boden- und Witterungsverhältnissen als Gunstandort für die Produktion von hochwertigen Lebensmitteln gilt, sondern auch, da vor allem Deutschland als Industrie-, Landtechnik- und Biotechnologie-Standort einen enormen Beitrag zur globalen landwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung leistet.

Dieser Verantwortung gerecht zu werden und die gesamte landwirtschaftliche Branche zukunftsfähig auszugestalten, ist die zentrale Herausforderung der nationalen sowie europäischen Agrarpolitik. Wir erreichen dies keineswegs, indem wir Innovationen in der Landwirtschaft selbst im Wege stehen und gleichzeitig immer mehr wertvolles Land bei uns mit dem hehren Ziel des Umweltschutzes aus der Produktion nehmen. Auch wird uns auf diesem Irrweg global niemand folgen. Vielmehr muss es auch unsere Aufgabe sein, Entwicklungs- und Schwellenländer mit wachsender Nachfrage auf ihrem Weg zu einer immer produktiveren und gleichzeitig nachhaltigeren Agrarwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion zu begleiten. Statt Produktionsverlagerungen durch einseitige Extensivierungsmaßnahmen brauchen wir innovativere Lösungen, die Umweltschutz und Biodiversität mit der Landwirtschaft versöhnen, ohne die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte zu gefährden.

Statt also Weltmeister der fragwürdigen Flächenstilllegungen und unsachlichen Verbote sollte die Erwartung an uns selbst sein, durch Innovationen und Weiterentwicklungen Agrarinnovations- und Biotechnologie-Weltmeister zu werden. Nur so können wir durch nachhaltige Lösungen und Ideen weiterhin Kulturpflanzen ausreichend pflegen, um Erträge zu sichern und somit hochwertige und gesunde Lebensmittel zu produzieren. Gleichzeitig schützen wir aber auch das Klima, die Biodiversität und die Umwelt! Wo die Bundesregierung, im Dauerstreit zwischen Agrar- und Umweltministerium, ohne vernunftbasierte Grundsätze handelt und einen klaren Kompass vermissen lässt, zeichnen wir mit einer optimistischen und mutigen Gesamtstrategie das Bild einer effizienten und nachhaltigen Landwirtschaft von morgen.

Denn wir Freie Demokraten setzen uns für endlich fachlich fundierte und europäisch einheitliche Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft mit Zukunft ein.

1. Pflanzenschutz: Innovationen statt Verbote gestalten die nachhaltigere Landwirtschaft von morgen

Modernen Pflanzenschutzmitteln kommen in der Agrarproduktion eine wesentliche Bedeutung zu, denn sie leisten einen essentiellen Beitrag zur Gesunderhaltung der Pflanze und damit zur globalen Ertrags- und Ernährungssicherheit. Der Schutz der Biodiversität ist dabei ein ebenso wichtiges Ziel wie Nahrungsmittel in ausreichender Menge und Qualität zur Verfügung stellen zu können. Die Bewertung und Prüfung der in Pflanzenschutzmitteln enthaltenen Wirkstoffe erfolgt auf EU-Ebene nach einheitlich ausgestalteten Kriterien, die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln obliegt der Zuständigkeit nationaler Behörden in allen Mitgliedstaaten. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass die derzeitige behördliche Struktur im deutschen Zulassungsverfahren zu erheblichen Verzögerungen führt. Moderne Mittel sind durch immer spezifischere Wirkmechanismen nicht nur im Hinblick auf die Biodiversität vorteilhafter, sie geben Landwirten auch die Chance auf veränderte Klimabedingungen und dadurch auch häufiger vorkommende invasive Schädlinge reagieren zu können. Es darf nicht weiterhin der Fall sein, dass Ressortstreitigkeiten einem rein wissenschaftlichen Bewertungsprozess neuer Pflanzenschutzmittel im Wege stehen. Zudem ist nicht hinnehmbar, dass eine beteiligte Behörde den Prozess durch ihr Vetorecht dauerhaft blockiert, auch wenn Gerichte bereits die Rechtswidrigkeit dieses Vetos bzw. der geforderten Anwendungsbestimmungen festgestellt haben.

Wir fordern zur Schaffung von mehr Rechtssicherheit für Antragsteller und Anwender die Schaffung einer unabhängigen Schlichtungsstelle, die etwa im Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie angesiedelt sein könnte. Dass Innovationen an veralteten Regularien scheitern und damit für die deutschen Landwirte nicht zur Verfügung stehen, wollen wir mit aller Kraft vermeiden. Wo andere diese Innovationen im Keim ersticken oder gar eine Besteuerung von Pflanzenschutzmitteln als Lösung sehen, sehen wir deren stetige

Weiterentwicklungen als Chance, um unsere Landwirtschaft nachhaltiger und umweltschonender zu gestalten.

2. Smart Farming: Bringen wir Digitalisierung auf jede Fläche

Bei der digitalen Transformation nimmt die Landwirtschaft bereits eine Vorreiterrolle ein: Wetter-Apps, Drohnen und andere Datenmanagementsystemen helfen, Boden- und Ernteverfahren zu optimieren. Cloud-Systeme, beispielsweise für die Grund- und Stickstoff-Düngung, ermöglichen es, Pflanzen besser und effizienter zu versorgen. Komplexe Prozessabläufe, wie beispielsweise die Silomais- oder Zuckerrüben-ernte, können in Echtzeit überwacht und organisiert werden. Futterroboter, Messeinrichtungen zur Milchinhaltstoffbestimmung oder Klimaführungssysteme leisten einen wesentlichen Beitrag zum Tierwohl, der Umwelt und dienen der Arbeitserleichterung. Vielerorts fehlt aber die notwendige digitale Infrastruktur, um die modernen Möglichkeiten nutzen zu können. Denn dafür ist die Anbindung an schnelles Internet Voraussetzung.

Wir fordern daher die besten Rahmenbedingungen für eine digitale Landwirtschaft in Deutschland durch den effizienteren Ausbau der digitalen Infrastruktur. Durch die Ausgabe sogenannter „Gigabit-Gutscheine“ wollen wir eine bessere Internetanbindung in ländlichen Räumen fördern. Dies kann ohne bürokratische Antragsverfahren auf den bereits geltenden, grundsätzlichen Kriterien für Breitbandförderung, wie z. B. der Unterschreitung der Aufgreifschwelle und fehlender Aussicht auf privatwirtschaftlichen Ausbau in der betroffenen Region gelingen. Durch dieses nachfrageorientierte Instrument erhalten insbesondere landwirtschaftliche Betriebe abseits zentraler Industrieansiedlungen die Chance auf schnelles Internet. Oft können die dort höheren Kosten nicht selbst getragen werden. Innovativen Verlegeverfahren wollen wir mehr Spielraum einräumen. Im Hinblick auf die Ausbildung und die landwirtschaftliche Beratung müssen digitale Anwendungen mehr in den Fokus gerückt werden. Zudem muss sich der Staat viel mehr als Dienstleister verstehen: Von ihm erhobene, öffentliche Daten müssen in digitaler Form für die Landwirtschaft frei verfügbar sein.

3. Neue Züchtungstechniken: Chancen erkennen und ideologische Scheuklappen abnehmen

Neue Züchtungstechniken ermöglichen es, im Vergleich zur herkömmlichen Linienzucht präziser, kostengünstiger und gezielter neue Pflanzensorten mit veränderten oder verbesserten Eigenschaften zu schaffen. Im Genom bleiben nach dieser Veränderung keine Sequenzinformationen zurück, die auf eine technisch durchgeführte Mutation schließen lassen. Die veränderte DNA-Sequenz ist daher nicht von natürlichen Mutationen zu unterscheiden. Pflanzen können daher schneller als bisher mit Toleranzen und Resistenzen gegen Wetterextreme und Schädlinge "ausgestattet" und ihre Inhaltsstoffe verträglicher für Menschen mit Allergien gemacht werden. Die Rechtsprechung des EuGH

aus dem Jahr 2018, wonach neue Genome-Editing-Züchtungstechniken, wie etwa das CRISPR/Cas9-Verfahren, als Gentechnik zu regulieren sind, basiert auf den Regelungen des europäischen Gentechnikrechts, die wiederum auf dem wissenschaftlichen Kenntnisstand der 1990er Jahre beruhen. Inzwischen hat sich das Wissen über Gene und Genome massiv weiterentwickelt. Dazu zählen auch wissenschaftliche Erkenntnisse, um mögliche Risiken umfassend einschätzen und neue Verfahren bewerten zu können. Die aktuell geltenden Richtlinien werden also dem heutigen Stand des Wissens überhaupt nicht mehr gerecht! Dies gilt es endlich auch in der politischen Diskussion anzuerkennen. Wir fordern, das zwingend notwendige grundsätzliche Update des EU-Gentechnikrechts! Wir können es uns nicht leisten, die Potentiale dieser revolutionären Technologie ungenutzt zu lassen.

4. Forschung und AgTech: Vernetzen wir die Wissenschaft besser mit der Praxis und geben wir Gründern ausreichend Nährboden für Wachstum

Die Agrarbranche lebt wie kaum eine andere von vielen Gründern, die mit Mut ihre Ideen und Visionen für eine nachhaltige Zukunft umsetzen und ein Unternehmen aufbauen. Doch in der (Agrar-)Politik ist dies weithin noch nicht vollends angekommen: Überbordende Bürokratie und Regulierung sowie fehlende Finanzierungsmöglichkeiten bremsen Innovationspotential aus. Wir Freie Demokraten wollen in Deutschlands Agrarbranche ein neues Klima schaffen und den Pioniergeist vieler Greengenieers wecken. Neben einem bürokratiefreien ersten Jahr, „One-Stop-Shops“ und mehr Transparenz in den Steuer- und Sozialversicherungssystemen für Gründer, müssen auch die Finanzierungsmöglichkeiten durch entsprechende Rahmenbedingungen für Wagniskapital-Investitionen, Crowd-Funding und Gründer-Stipendien verbessert werden. Die von uns seit langem geforderte Europäische Agentur für Sprunginnovationen soll radikale und disruptive Innovationen in der Agrarbranche befördern. Wir erwarten, dass die Bundesregierung die Rahmenbedingungen für Ausgründungen aus Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen verbessert. Der geringe Anteil an deutschen Ausgründungen im internationalen Vergleich offenbart eine schmerzliche Lücke. Hier muss mehr getan werden, um Wissenschaft und deren Erkenntnisse schnell in die Praxis zu überführen. Landwirtschaft ist im Thema Digitalisierung und Nachhaltigkeit fortgeschrittener, als ein Teil der Bevölkerung glauben will. Die Politik muss diesen Nährboden füttern und das Umfeld nutzen, damit die Potentiale von Technologien inkubiert werden.

Ansprechpartner:

Carina Konrad, Mitglied im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
Telefon: 030 227 78344 – E-Mail: carina.konrad@bundestag.de